

Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 45

Reinhard Neebe

Großindustrie, Staat und
NSDAP 1930-1933

Paul Silverberg und der Reichsverband
der Deutschen Industrie
in der Krise der Weimarer Republik

Göttingen · Vandenhoeck & Ruprecht · 1981

Inhalt

Einleitung	9
I. 1918-1925: Revolution und Interventionsstaat. Das Silverberg-Programm von 1923	24
II. Die Dresdener Rede 1926. Stabilisierung und Arrangement	35
1. Das Dresdener Konzept	37
2. Reaktion von Regierung, Parteien und Gewerkschaften	41
3. Die Industrieverbände und die Silverberg-Rede	43
III. Weltwirtschaftskrise und Restaurationskonzepte	50
1. Die RDI-Tagung vom 12. Dezember 1929	51
2. Young-Plan und Große Koalition	53
3. Präsidialsystem und personelle Alternativen	57
IV. Politische Offensive und bürgerliche Sammlung im Sommer 1930	60
1. Hinein in die Politik	60
2. Die Reorganisation des RDI	64
3. Bürgerliche Sammlung, Gewerkschaften und Große Koalition ...	67
V. Die Reichstagswahl vom 14. September 1930	73
1. Die Auflösung des Reichstags vom 18. Juli 1930	73
2. Wahlergebnis und Koalitionsmöglichkeiten	76
3. Brünings Konzept	78
4. Die politische Formierung der Industrie 1930/31	80
VI. Die Bankenkrise	90
1. Die Tagung des Langnam-Vereins vom 3. Juni und die Notver- ordnung vom 5. Juni 1931	90
2. Der Reichsverband und Brüning im Juni 1931	93
3. Das Hoover-Moratorium	95

VII.	Wendepunkt Herbst 1931: Die Abkehr von Brüning	99
	1. Die Erklärung der Industrieverbände vom 29. September 1931 ...	99
	2. Die Umbildung der Brüning-Regierung	103
	3. Der Sturz Brünings	107
VIII.	Die Deflationspolitik Brünings	111
IX.	Großindustrie und NSDAP in der Ära Brüning	117
	1. August Heinrichsbauer und der Strasser-Flügel der NSDAP	117
	2. Die Industrieclub-Rede Hitlers und das Wahlkampfabkommen mit Paul Reusch	119
	3. Die Arbeitsstelle Schacht	122
X.	Die Regierung der "Nationalen Konzentration"	127
	1. Das Programm der Regierung von Papen und die Industriever- bände	127
	2. Der autoritäre Staat als Alternative zum faschistischen System ...	131
XI.	Das Kabinett von Schleicher	140
	1. Die Ruhrindustrie, Schleicher, Strasser, Papen und Hitler	142
	2. RDI und DIHT 1932/33	148
XII.	Die Sonderrolle Silverbergs 1932/33	153
	1. Die "Deutschen Führerbriefe" als publizistisches Organ Silver- bergs	154
	2. Silverberg und Brüning 1932	155
	3. Von der Sozialdemokratie zum Nationalsozialismus	159
	4. Schleichers "Strasser-Lösung" und die Politik Silverbergs	168
	5. Die Kölner Unterredung zwischen Papen und Silverberg	171
XIII.	Die Großindustrie und die nationalsozialistische Diktatur im Frühjahr 1933	174
	1. Die Industrie und der 30. Januar 1933	174
	2. Der Konflikt mit der Hitler-Regierung in der Wirtschaftspolitik ..	176
	3. Die "Reorganisation" des Reichsverbandes	181
XIV.	Die Ausschaltung Silverbergs 1933	189
	1. Die Rheinbraun-Krise 1932/33	189
	2. Die "Gleichschaltung" der IHK Köln	191
	3. Die "Judenpolitik" des Dritten Reiches und die Haltung der Großindustrie	193
	4. Silverberg in der Emigration	196

Ergebnisse	200
Anmerkungen	204
Abkürzungsverzeichnis	283
Quellen- und Literaturverzeichnis	285
I. Ungedruckte Quellen	285
II. Mündliche und schriftliche Auskünfte	292
III. Gedruckte Quellen und Literatur	293
Personenregister	306
Sachregister	310

Einleitung

In einem Artikel der "Deutschen Führerbriefe" vom Herbst 1932 wird als Kernproblem der zukünftigen politischen Entwicklung in Deutschland die Frage herausgestellt, ob es für den Nationalsozialismus eine "spezifische soziale Möglichkeit" gebe, durch die er "aus einer fascistischen Bewegung in ein Teilorgan der bürgerlichen Herrschaft verwandelt" werden könne. Die Abhandlung mit dem Titel "Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus" hat seinerzeit beträchtliches Aufsehen erregt und ist in den letzten Jahren erneut in den Mittelpunkt intensiver Erörterungen gerückt.¹ Das Votum der aus großindustrieller Perspektive urteilenden Führerbriefe, dem Nationalsozialismus die bisherige Rolle der Sozialdemokratie in ihrer Funktion als "Massenstützpunkt für die Herrschaft des Bürgertums" anzutragen, verweist auf einen auch aus zeitgenössischer Sicht evidenten Systemzusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus. Das vieldiskutierte Wort Max Horkheimers "Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen",² wird hier anscheinend unmittelbar bestätigt.

Die gegenwärtig in der deutschen Geschichtswissenschaft neu auflebende Kontroverse über die Verwendbarkeit und Legitimität der Begriffe "Totalitarismus" und "Faschismus" zur Kennzeichnung der nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Voraussetzungen deutet demgegenüber an, daß Interpretationen, die sich auf den Zusammenhang von Kapitalismus und Nationalsozialismus beschränken, offenbar bis heute wichtige Problembereiche nicht befriedigend zu erfassen vermögen.³ So wenden Vertreter eines modifizierten Totalitarismuskonzepts wie z. B. K. D. Bracher oder Ernst Nolte ein, daß ein allgemeiner Faschismusbegriff die "primäre Frage nach dem totalitären Charakter politischer Systeme" außer acht lasse und "das entscheidende Kriterium zur Beurteilung des modernen Staates: das Kriterium der politischen Freiheit und des *limited government* zugunsten einer sozio-ökonomischen Klassifizierung übergehe."⁴ Klaus Hildebrand, Andreas Hillgruber u. a. wollen ihrerseits den strukturgeschichtlichen Ansatz durch einen "biographischen Zugang" ergänzt wissen, da sich die Persönlichkeit Hitlers "jedem Reduzierungsversuch aufs Funktionale" entziehe und "auf gar keinen Fall als austauschbar" anzusehen sei.⁵ Hans Mommsen wiederum macht geltend, daß das Totalitarismusmodell "tendenziell von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorbedingungen abstrahier[e], die die Durchsetzung totalitärer Strukturen ermögli-

chen", und daß eine bloß auf Hitler orientierte Interpretation u. a. Gefahr laufe, "die Mitverantwortung der konservativen Machteliten nicht nur in der Machteroberungsphase, sondern auch für die mittelfristige Stabilisierung des NS-Herrschaftssystems in den Hintergrund zu rücken".⁶ Der Versuch Jürgen Kockas, die unterschiedlichen Interpretationsansätze zusammenzufassen und in eine übergreifende Erklärung der "Ursachen des Nationalsozialismus" zu bringen,⁷ zeigt die Dimensionen des Themas eindringlich auf und verweist zugleich auf die Notwendigkeit eines breiter gefaßten sozialgeschichtlichen Zugriffs.

Diesem erweiterten, verschiedene Ansatzpunkte aufnehmenden Faschismusbegriff, den Kocka, Mommsen, W. Schieder u. a. mit jeweils besonderen Akzentuierungen verwenden,⁸ steht die orthodox-marxistische Definition entgegen, die im Faschismus "die offene, terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" erblickt.⁹ Die nationalsozialistische Diktatur stellt sich hier als eine *Form* bürgerlicher Herrschaft dar, die sich in ihren Wesensmerkmalen von der liberalen Demokratie nicht grundsätzlich unterscheidet. Der Widerspruch zwischen diesem engen, dogmatischen Faschismusbegriff und einer offeneren, sozialgeschichtlich orientierten Faschismusinterpretation leitet sich in seiner theoretischen Begründung vor allem aus einer wesentlich anderen Bewertung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik ab. Darauf ist zunächst ausführlicher einzugehen:

Bereits in der älteren Faschismusdebatte, die in der Großen Krise 1929-1933 vor der nationalsozialistischen Machteroberung geführt wurde, bildete die Beurteilung der spezifischen Qualität des Bündnisses zwischen Großbürgertum und Nationalsozialismus einen zentralen Punkt der Kontroverse. Das nach wie vor aktuelle Monitum August Thalheimers aus dem Jahre 1930, man müsse sich "die Entwicklung nicht so kindlich vorstellen, daß die Bourgeoisie den Nationalsozialisten 'freiwillig' die Macht übergebe, weil die Faschisten eine großkapitalistische konterevolutionäre Partei" seien,¹⁰ richtete sich vor allem gegen die offizielle KPD-Linie und die von ihr verfochtene Sozialfaschismusthese.¹¹

Thalheimers Auseinandersetzung mit der Sozialfaschismustheorie zielte im Kern darauf, aus einer den ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der ausgehenden Weimarer Republik tatsächlich angemessenen und zugleich theoretisch reflektierten Analyse eine realitätsorientierte antifaschistische Strategie abzuleiten. "Blindheit", so Thalheimer in Zurückweisung der Thälmannschen These, daß der Faschismus in Gestalt der "sozialfaschistischen Regierungsbande" Hermann Müllers bereits die Herrschaft ausübe, sei "keine Entschuldigung vor der Geschichte".¹² Hiergegen, aber auch gegen die simplifizierende Auffassung der unmittelbaren Identität von Finanzkapital und Faschismus, setzte Thalheimer ein weit komplizierteres Interpretationsmodell, das in Anlehnung an die Marxsche Bonapartismusanalyse die Entstehungsvorausset-

zungen des Faschismus neben den ökonomischen Bedingungen vor allem an die Klassenlage knüpfte. Das faschistische System sei insbesondere durch das Auseinandertreten von sozialer und politischer Herrschaft bei Verselbständigung der Exekutive charakterisiert, es stelle "eine" Form der "offenen Diktatur des Kapitals" dar und sei wie der Bonapartismus gekennzeichnet durch die "politische Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer".¹³

Im Weimarer Staat sah Thalheimer mit dem Präsidialsystem Brüning die "Aushöhlung des bürgerlich-parlamentarischen Regimes" forciert einsetzen. Dabei unterstütze ein Teil der Bourgeoisie die Nationalsozialisten "aktiv und planmäßig", ein anderer jedoch kämpfe gegen sie, führe diesen Kampf aber so, daß er objektiv, "wider ihre Absicht", den Faschisten in die Hände arbeite und die antifaschistischen Kräfte zermürbe und lähme. Auch in Deutschland gebe die Bourgeoisie also ihre eigene politische Macht ‚niemals freiwillig‘ zugunsten des Nationalsozialismus auf, kraft der ‚inneren Logik‘ ihrer Handlungen schaffe sie aber, subjektiv vielfach ungewollt, die Voraussetzungen für seinen Erfolg. Der Prozeß der "Faschisierung" vollziehe sich also in einer komplizierten Dialektik von ökonomischen Bedingungen, gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und politischem System, er laufe stufenförmig, in teilweise "verwickelter, aber darum nicht weniger folgerichtiger" Logik ab, sei aber insofern nicht dem Automatismus einer Unvermeidlichkeit unterworfen, als keine gesellschaftliche Kraft ihm "Halt" gebieten könne.¹⁴

Trotz ihres offensichtlichen Interpretationswertes hat die orthodox-marxistische Forschung von der Bonapartismus-Thematik keine Notiz genommen: Hier setzte sich die anfangs mit der Sozialfaschismusthese konkurrierende und ihr zeitweilig unterlegene Auffassung vom Faschismus als der offenen Diktatur des Finanzkapitals nach 1933 endgültig durch. Die Dimitroff-These ist, wie auch jüngste Äußerungen belegen, bis heute die verbindliche Grundlage der offiziellen marxistischen Historiographie geblieben.¹⁵ Der im wesentlichen auf Jürgen Kuczynski zurückgehende Versuch, die empirisch vorfindbaren Gegensätze innerhalb der Großbourgeoisie durch das Wirken von "Monopolgruppen" zu erklären, hat wohl gewisse Differenzierungen ermöglicht, den durch die Definition des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vorgegebenen Rahmen aber nicht gesprengt.¹⁶ Die Monopolgruppentheorie hält an der These des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Verschmelzung von ökonomischer und politischer Herrschaft fest, unterscheidet aber zwischen verschiedenen "Fraktionen" des Kapitals, die sich aus einem Wechselverhältnis zwischen dem ökonomisch-technologischen Entwicklungsstand eines Industriezweiges und seiner politisch-gesellschaftlichen Orientierung bestimmten: Dabei stehe der älteren, schwerindustriell bestimmten Monopolgruppe Kohle-Eisen-Stahl mit ausgesprochen kon-

servativ-autoritärer Grundhaltung eine relativ jüngere Gruppierung der Chemie- und Elektroindustrie gegenüber, die einen vergleichsweise flexiblen, reformistischen Kurs verfolgte.

Durch die Arbeiten Kurt Goßweilers,¹⁷ der die Rolle des Finanzkapitals als dritte, der Industrie-gruppierung quer zugeordnete Größe betont, hat dieses Schema eine Aktualisierung erfahren, ohne daß die prinzipiellen methodischen und theoretischen Einwände hätten ausgeräumt werden können. Der Monopolgruppenansatz ist vor allem dort problematisch, wo den Fraktionen des Monopolkapitals vorab eine grundsätzliche Interessengemeinsamkeit unterstellt wird, die sie befähige, als bestimmendes Subjekt im historischen Gesamtprozeß aufzutreten.¹⁸ So verkürzt auch Goßweilers Analyse "Großbanken, Industriemonopole, Staat" (1914-1932) "die kapitalistische Gesellschaft auf Aktionen und Optionen der Kapitalisten bzw. der in den Monopolgruppen organisierten Monopolherren".¹⁹ Dies gilt im gleichen Sinne für die Darstellung Eberhard Czichons²⁰ der die Annäherung der verschiedenen industriellen Gruppierungen - die hier übrigens anders als bei Kuczynski und Goßweiler bestimmt sind - zwar empirisch ableitet und im einzelnen z. T. recht differenziert beschreibt, die sozio-ökonomische Gesamtentwicklung aber fast völlig ausblendet, so daß der Faschismus schließlich doch als "monokausaler Kaufakt" einzelner Industrieller, Bankiers und Großagrarien erscheint.²¹ Wolfgang Ruge, der sich zuletzt mit dieser Thematik befaßt hat, fügt wohl einige neue Aspekte hinzu, fällt aber insgesamt gesehen eher noch hinter Czichon zurück.²²

Der theoretische Bezugsrahmen und die Ergebnisse der DDR-Geschichtsschreibung zur Genese des Nationalsozialismus blieben in der Auseinandersetzung mit der neomarxistischen Forschung der Bundesrepublik, die Mitte der 60er Jahre vor allem in der Zeitschrift "Das Argument" geführt wurde, zunächst nicht ohne Widerspruch. Die DDR-Historiker Czichon, Eichholtz und Goßweiler hielten dabei an ihrer These vom "Primat der Ökonomie" fest und kennzeichneten den Faschismus erneut als eine Entwicklungsstufe des "Staatsmonopolistischen Kapitalismus", auf der es den "reaktionärsten und aggressivsten Elementen des deutschen Finanzkapitals ... ausgangs der Weltwirtschaftskrise" im Interesse ihrer imperialistischen Zielsetzung angeraten schien, "ihre faschistische Herrschaft über das deutsche Volk zu errichten, das heißt, ihre Macht mit den Potenzen eines faschistischen Regimes zu verschmelzen".²³ Demgegenüber galt z. B. R. Gripenburg, K. H. Tjaden oder anderen Thalheimers Bonapartismusansatz und seine Anwendung auf Deutschland in den Jahren 1930 bis 1933, trotz partieller Kritik an Einzelaspekten dieses theoretischen Modells, als die weitaus treffendste zeitgenössische Darstellung und als der "begrifflich differenzierteste und am ehesten noch historisch bestätigte" Versuch, die "Transformierung" der Weimarer Republik in die faschistische Diktatur zu erklären und zu prognostizieren.²⁴ T. W. Mason betonte die Verselbständigung des Staatsapparates in der nationalsozialistischen

Diktatur und kritisierte die "Oberbewertung" der unmittelbaren Rolle des "Wirtschaftlichen" in der DDR-Historiographie, die auf das "mangelnde Verständnis für den gesellschaftlichen und politischen Rahmen, in dem die Industrie zu handeln hatte", zurückzuführen sei.²⁵ Auch im "Staatsmonopolistischen Kapitalismus" gebe es, wie insbesondere von Eike Hennig²⁶ hervorgehoben worden ist, keine Identität von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. – Die gegenwärtig vorherrschenden Theorien der "neuen Linken" zum Nationalsozialismus haben indes den Bonapartismusansatz weitgehend verdrängt und eine immer deutlicher werdende Annäherung an orthodox-marxistische Positionen sichtbar werden lassen. Zur politisch-ideologischen Instrumentalisierung historischer Aussagen für "vorgefaßte Gegenwartszwecke" im Konzept dieser Gruppierungen hat sich zuletzt H. A. Winkler umfassend geäußert.²⁷

Für die Geschichtsschreibung der Bundesrepublik lag der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus lange außerhalb eines besonderen Forschungsinteresses. Die Sozialgeschichte schenkte dieser Problemstellung in den letzten Jahren allerdings zunehmend Aufmerksamkeit und erkannte dabei an, daß die Analyse der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung auch in der Weimarer Republik und der Übergangsphase zum Nationalsozialismus ohne ein heuristisch praktikables und zugleich theoretisch reflektiertes Rahmenmodell nicht recht zu leisten ist: Dem Monopolgruppenansatz wurde zunächst das Konzept des "Organisierten Kapitalismus" gegenübergestellt, dessen Interpretation des Zusammenhangs von Ökonomie und Politik an Rudolf Hilferding anknüpft. Hilferding erkannte im Übergang zum "Organisierten Kapitalismus", der sich vor allem in der Zeit des Ersten Weltkrieges und den Anfangsjahren der Weimarer Republik vollzogen habe, "den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion" und leitete daraus die politische Herausforderung ab, "mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewußten gesellschaftlichen Regierung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln".²⁸ Demgegenüber geht das vor allem von H.-U. Wehler, Winkler und Kocka für eine sozialgeschichtliche Forschungsperspektive aktualisierte Konzept des "Organisierten Kapitalismus"²⁹ von dem Versuch aus, "die Veränderungen im Produktionssystem selbst ... mit bestimmten Veränderungen, die durch die Entstehung neuer sozialer Gruppen und durch die Verschiebung ihrer Beziehung zueinander, nicht zuletzt in Form von Klassenkonflikten auftreten und Veränderungen des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat zusammenzubringen".³⁰ Im Unterschied zu der Auffassung vom "Staatsmonopolistischen Kapitalismus" deutet dieser für die Epoche des verstärkten Staatsinterventionismus entwickelte Ansatz die Verknüpfung von Ökonomie und Politik nicht als "Verschmelzung" und erblickt im Staat nicht ausschließlich das Herrschaftsmittel der Monopole, sondern läßt die

Abgehobenheit des politischen Entscheidungsprozesses in spezifischen Situationsfeldern vom Prinzip her zu. Insbesondere vermeidet er die vom Stamokap-Ansatz ausgehende, in diesem Punkt an die Sozialfaschismustheorie erinnernde gefährliche Verwischung der grundsätzlichen Unterschiede zwischen liberal-parlamentarischen und faschistischen Herrschaftsmethoden.³¹

Die Umsetzung des Modells vom "Organisierten Kapitalismus" in eine praktikable Methode zur Aufarbeitung der beschriebenen Zusammenhänge bleibt allerdings problematisch, da es auf die zentrale Frage nach den Vermittlungsinstanzen zwischen den Polen Ökonomie und Politik keine präzise Antwort zu geben weiß und insbesondere nicht klärt, wie diese empirisch greifbar sind.³² Vor allem G. D. Feldman, der in Fortsetzung seiner früheren Studien inzwischen mit einer richtungsweisenden Untersuchung zur Politik der deutschen Unternehmer 1916-1923 hervorgetreten ist³³ und damit maßgeblich dazu beigetragen hat, Defizite in der Aufarbeitung der Anfangsphase der Weimarer Republik abzubauen, zeigte sich skeptisch gegenüber allzu weit gefaßten Theoremen. Der Begriff des "Organisierten Kapitalismus" sei empirisch nicht anwendbar; um weiterzukommen, müsse man vielmehr mit "relativ eng gefaßten, praktikablen Konzepten" operieren, man müsse "gewissermaßen erst die Bausteine haben, um dann das Verständnis für ein übergreifendes System zu gewinnen".³⁴ Andererseits ist anzuerkennen, daß dieser Ansatz, wie z. B. Arbeiten von Kocka, Puhle oder Ullmann zeigen, für eine sozialgeschichtlich orientierte Fragestellung durchaus fruchtbar war.³⁵ So ist vielleicht auch das von Winkler inzwischen gezogene Fazit zu verstehen, daß der Versuch, Hilferdings Theorie des "Organisierten Kapitalismus" wiederzubeleben, ein Irrweg" gewesen sei, der sich allerdings "als wissenschaftlich produktiv" erwiesen habe.³⁶

Die Diskussion über das Verhältnis von Industrie und Politik in der Weimarer Republik ist, worauf auch Feldman abgehoben hat, immer noch durch eine bemerkenswerte Diskrepanz zwischen ausufernder Theoriebildung einerseits und empirischer Detailforschung andererseits bestimmt: Auf einer vergleichsweise kurzen Materialdecke historisch abgesicherter 'Fakten' hat sich, vor allem für die Phase 1929-33, eine tendenzielle Verselbständigung der Theorie vollzogen. Im Unterschied zur Epoche des Deutschen Kaiserreiches von 1871, wo beispielsweise Kaelble, Mielke oder die eben genannten Autoren³⁷ systematische Arbeiten zur Politik wichtiger wirtschaftlicher Interessenorganisationen vorgelegt haben, stehen für die erste deutsche Republik immer noch grundlegende Untersuchungen, auch über die Industrieverbände, aus. In diesem Zusammenhang kommt der kürzlich erschienenen, breit angelegten Studie Bernd Weisbrods³⁸ zur Rolle der Schwerindustrie in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik von 1924-29 eine besondere Bedeutung zu. Auch Weisbrod vermeidet einen zu abgehobenen Ansatz und orientiert seine Analyse, die auf einer

umfassenden Aufarbeitung der in Industriearchiven zugänglichen Materialien basiert, an dem von Ch. S. Maier in die Theoriedebatte eingebrachten Idealtypus vom "Korporativen Pluralismus".³⁹ Der "Korporative Pluralismus", wie ihn Maier versteht, nimmt wohl allgemeine Strukturmerkmale des Modells vom "Organisierten Kapitalismus" auf, verfeinert und spezifiziert diese aber für die Zwischenkriegszeit. Dieser Ansatz hebt die "qualitative Umwandlung" des politischen Entscheidungsprozesses hervor, der sich nicht mehr im Rahmen des liberal-parlamentarischen Prinzips vollziehe, sondern durch eine "korporative Interessenintegration zwischen sog. Veto-Gruppen" bestimmt sei.⁴⁰ Weisbrod versucht, in seiner Arbeit nachzuweisen, daß die Schwerindustrie in der Weimarer Republik eine solche Gruppe dargestellt habe, die mit Hilfe ihrer "Veto-Position" dem politischen System "restriktive Bedingungen" auferlegen konnte, "die dessen Integrationskraft und Steuerungsfähigkeit ernsthaft bedrohten und zur Aushöhlung seiner sozialstaatlichen Inhalte sowie seiner demokratischen Struktur entscheidend beitrugen".⁴¹

Für die Krise des Weimarer Staates liegen gleichwertige Studien, die zugleich strukturelle und dynamische Faktoren verbinden und das Verhältnis von Ökonomie und Politik im Vorfeld des nationalsozialistischen Deutschlands präzisieren, bisher nicht vor, wenn auch wichtige Detailprobleme und Einzelbereiche, wie Untersuchungen z. B. von Gessner, Hentschel, Mommsen, Tammen, Wengst, Winkler oder Wolffsohn zeigen, inzwischen genauer behandelt worden sind.⁴² Dieses Defizit, überlagert von der durch politische Implikationen belasteten Theoriedebatte, bestimmt den Rahmen der Dauerkontroverse über den Zusammenhang von Großindustrie und Herausbildung der nationalsozialistischen Diktatur 1930-33⁴³ und ist auch im Hintergrund der Auseinandersetzung Dirk Stegmanns mit den Arbeiten H. A. Turners zu "Faschismus und Kapitalismus in Deutschland" zu sehen.

H. A. Turner hat unter der Zielsetzung, der in eine Sackgasse geratenen Diskussion "neue Anregungen" zu geben, den Weg unmittelbar in die westdeutschen Firmenarchive beschritten und damit die Erschließung neuer, wichtiger Quellen zum Verhältnis von Großindustrie und NSDAP vor 1933 eingeleitet. Seine zunächst in amerikanischen Fachzeitschriften veröffentlichten, 1972 in einem Sammelband in deutscher Sprache vorgelegten Arbeiten sind zunehmend in den Vordergrund des wissenschaftlich-politischen Interesses gerückt und haben eine heftige, teilweise polemisch geführte Kontroverse ausgelöst. Turners zentrale, vor allem gegen die orthodox-marxistische Agenten-Theorie gerichtete These, daß die "große Mehrheit der deutschen Großunternehmer Hitlers Triumph weder gewünscht noch materiell zu ihm beigetragen" habe, wird mit quellenmäßig präzise recherchierten Hinweisen zur Politik führender Industrieller in der Krise belegt.⁴⁴ Methodisch problematisch ist, daß eine über die Analyse der Verhaltensmuster einflußreicher Unternehmerpersönlichkeiten

hinausgehende Absicherung dieser weitreichenden Aussage auf struktureller Ebene bisher nicht erfolgt ist.

Im einzelnen glaubt Turner nachweisen zu können, daß sich in der Weimarer Republik "wirtschaftliche Macht nicht ohne weiteres in politische Macht umsetzen" ließ, sondern sich vielmehr die "politische Impotenz des Geldes" bei vielen Gelegenheiten erwiesen habe.⁴⁵ Dabei konzidiert er jedoch, daß die Großindustriellen, wenn sie die Machtergreifung' auch nicht "aktiv" vorbereitet haben, insgesamt gesehen keineswegs freizusprechen seien: "Indirekt trugen die Wirtschaftsführer auf verschiedene Weise zum Aufstieg des Nationalsozialismus bei: sie unterließen es, die demokratische Republik zu unterstützen, sie bekämpften die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften mit blinder Feindseligkeit, sie halfen den reaktionären Kräften und besonders dem Papen-Regime, schließlich verliehen sie Hitler durch den Umgang mit ihnen Respektabilität."⁴⁶ Die Gesamtinterpretation des Nationalsozialismus als politische Erscheinungsform des "utopischen Anti-Modernismus"⁴⁷ die Turner an anderer Stelle vorgenommen hat, bestätigt gleichwohl, daß der Verfasser seine Ergebnisse letztlich als einen Beleg für die Nichtidentität von Kapitalismus und Faschismus verstanden wissen will. Während H. A. Winkler⁴⁸ in den Arbeiten Turners den "glänzend" gelungenen Versuch gesehen hat, darzulegen, daß die bisherige Literatur im Verhältnis von Industrie und Nationalsozialismus in wichtigsten Tatsachen und Zusammenhängen "erstaunlich lückenhaft, fehlerhaft und irreführend" sei, und seine Forschungsergebnisse als "Herausforderung an die Theoretiker" begreift, stellt z. B. Joachim Radkau⁴⁹ Turners Resultate in eine Reihe mit dem "apologetischen Charakter" der in der Nachkriegszeit erschienenen Schriften von Lochner,⁵⁰ Heinrichsbauer⁵¹ u. a. und bestreitet ihren wissenschaftlichen Wert überhaupt. Radkaus eigene, in Arbeitsteilung mit Hallgarten verfaßte Darstellung⁵² über die "Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute" (1974) hat für sich zwar explizit in Anspruch genommen, eine Gegenposition zu Turner zu beziehen,⁵³ dies im einzelnen aber nur wenig überzeugend leisten können. Sie stellt wenig mehr als eine oberflächlich kompilierte, zudem handwerklich unbefriedigende Zusammenfassung altbekannter Versionen dar und erreicht nicht den Stellenwert der älteren, immer noch lesenswerten Studie Hallgartens "Hitler, Reichswehr und Industrie".⁵⁴

Als eigentliche Antwort auf den von Turner hingeworfenen "Fehdehandschuh" haben demgegenüber die Arbeiten Dirk Stegmann⁵⁵ zu gelten. In deutlicher Antithese zu Turners ganz "in der Tradition einer personalistisch eingefärbten politischen Ideengeschichte" verbleibender Methode, aber auch in Absetzung von der "mit einer relativ engen, dogmatisch akzentuierten Monopolgruppentheorie" operierenden DDR-Historiographie und der durch "einseitige Blickrichtung" auf theoretische Rahmenanalysen unfruchtbaren neomarxistischen westdeutschen

Geschichtsschreibung stellt Stegmann einen neuen methodischen Ansatz in Aussicht, um "am Beispiel der sozialökonomischen Option der deutschen Großunternehmer die gesellschaftlichen Hintergründe für den Aufstieg des Nationalsozialismus aufzuhellen".⁵⁶ Die vor allem auf der Basis des Reusch-Nachlasses (GHH) neu in die Diskussion gebrachten, vielfach in Erstpublikation abgedruckten Materialien machen Stegmanns Arbeiten, wie auch die bisherige Rezeption in der einschlägigen Literatur zeigt,⁵⁷ zu einem wichtigen Forschungsbeitrag.

Methodologisch verbleibt Stegmann jedoch „noch im Umkreis eines 'historischen Positivismus'“ (Hennig),⁵⁸ insbesondere kommt die Verknüpfung von wirtschaftlicher Entwicklung, politischem System und Option der Großindustrie zu kurz. Die Exemplifizierung seiner zentralen These der "Kontinuität der deutschen Industrie von Bismarck bis Hitler" gerät Stegmann überwiegend zur Monographie der ununterbrochenen Annäherung zwischen Wirtschaft und NSDAP von Beginn der Republik an. Dabei verliert sich der Kontakt zur ökonomischen, sozialen und politischen Gesamtentwicklung weitgehend: So bleiben die Konjunkturlagen 1918-1933, die Weltwirtschaftskrise und die vorausgegangene Konsolidierungsphase weitgehend unbeachtet.⁵⁹ Ebenso tritt die Politik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher und ihre spezifische Wirtschaftsprogrammatische zugunsten der Herausarbeitung einer recht geradlinig gesehenen Kontinuität unangemessen in den Hintergrund.

Ein besonderes Problem ergibt sich insofern, als Stegmanns Untersuchung sich der Zuordnung zu einer theoretisch und begrifflich präziser bestimmbareren Faschismusinterpretation entzieht: So disqualifiziert Stegmann einerseits den Monopolgruppenansatz der DDR-Historiographie als "Prokrustesbett", in das die Industrie künstlich eingezwängt werde,⁶⁰ benutzt aber andererseits selbst dieses Modell zur Aufgliederung der Industriegruppen recht großzügig.⁶¹ Er diskreditiert – gegen Turner gewendet – die These vom "Primat der Politik" vor 1933 generell als rein ideengeschichtlichen Ansatz,⁶² übernimmt diese Sichtweise aber für die eigene Beurteilung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems nach 1936.⁶³ Stegmann verwendet nebeneinander den Begriff des "Organisierten Kapitalismus" für die 20er Jahre, spricht nach 1933 vom "staatsmonopolistischen Kapitalismus" in Deutschland⁶⁴ und deutet dessen ungeachtet diesen Abschnitt zugleich als eine "Sonderform traditioneller autoritärer Herrschaftstechnik".⁶⁵ In Anlehnung an Fraenkel ist dies für Stegmann hier die Phase der faschistisch-konservativen "Doppelherrschaft",⁶⁶ die an anderer Stelle wiederum als durch eine "Restituierung des Primats der Großindustrie" gekennzeichnet erscheint.⁶⁷

Die Vermischung alternativer theoretischer Konzepte läßt das entscheidende "wie" des Zusammenhangs zwischen Kapitalismus und Faschismus in zentralen Punkten offen. Dies spiegelt sich substantiell darin wider, daß Stegmann zur schließlich ausschlaggebenden Frage nach dem Anteil der

deutschen Industrie an der Errichtung der faschistischen Diktatur keine definitive Aussage macht und, wie schon von Turner kritisiert worden ist, "jegliche systematische Einschätzung des Anteils der verschiedenen sozial-ökonomischen Gruppen" unterlässt.⁶⁸ Auch bei Stegmann bleibt die – von Mason in seiner Kritik an Czichon bereits 1968 aufgeworfene – Frage, wie es zu einer "Verständigung" der Industriegruppen im Januar 1933 gekommen sei und ob diese überhaupt die "Voraussetzung sine qua non der 'Machtergreifung' darstelle",⁶⁹ weitgehend unbeantwortet. Er kann so für seine These der sich während der Schleicher-Episode herausbildenden Kongruenz der bisher divergierenden Monopolgruppierungen, die überlagert sei von einem sich gleichzeitig vollziehenden Interessenausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft,⁷⁰ keine neuen, beweiskräftigen Quellen beibringen. Stegmanns materialmäßig ungenügend abgesicherte Skizzierung des industriellen Spektrums dahingehend, daß sich das "Schleicher-Lager" innerhalb der Ruhrindustrie "allein auf Paul Silverberg" stützen konnte, der auch bereit gewesen sei, "in ein Schleicher-Strasser-Kabinett einzutreten",⁷¹ ist weniger differenziert als z. B. der ältere Gruppierungsversuch Czichons und bedarf einer quellenkritischen Überprüfung.⁷² Die Interpretation der Machtergreifung als scheinbarer Erfolg einer konservativen Einrahmungsstrategie deutet allerdings darauf hin, daß Stegmann die zuvor postulierte Identität von Unternehmerinteresse und nationalsozialistischer Herrschaftsausübung im Rückgriff abschwächen will.⁷³

Obwohl Stegmann die abwartende Politik der Großindustrie 1932/33 ähnlich wie Turner sieht und beide übereinstimmend die alte These vertreten, daß die schließliche Umorientierung wichtiger Wirtschaftskreise zur NSDAP erst durch Schleichers "Staatssozialismus" ausgelöst worden sei, erscheint, wie die Auseinandersetzung über die "Arbeitsstelle Schacht" exemplarisch zeigt, eine Verständigung auch im Bereich quellenmäßig erschließbarer Faktizität kaum möglich. Während Turner die "Arbeitsstelle"⁷⁴ als "totgeborenes Kind" bezeichnet, nimmt dieses Gremium bei Stegmann eine Schlüsselrolle in der Ausformung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik vor 1933 ein.⁷⁵ Auch in diesem Zusammenhang zeichnet sich die Tendenz ab, daß von den Quellen her eindeutig abklärbare Sachverhalte erneut in eine vergrößerte, ideologisch verzeichnete Frontstellung⁷⁶ eingebracht werden.⁷⁷

Im Rahmen der nach wie vor durch erhebliche empirische Defizite gekennzeichneten, politisch stark aufgeladenen Kontroverse über die Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik verfolgt die vorliegende Untersuchung die Absicht, zu einer differenzierteren Sicht des Verhältnisses von Großindustrie, politischem System und Nationalsozialismus in Deutschland vor 1933 beizutragen. Sie erhebt nicht den Anspruch, dies unter Verwendung eines neuen Theorieansatzes oder eines bisher für dieses

Problemfeld nicht hinreichend realisierten sozialgeschichtlichen Konzepts zu tun, sondern will vielmehr Material ausbreiten, mit dem die Interaktionen zwischen Industrie und Politik in der Endphase der Weimarer Republik präziser umschrieben werden können. Der aus einer isolierten Aufarbeitung des Fragenkreises "Großindustrie und Nationalsozialismus" erwachsenden, auch in der Stegmann-Turner-Kontroverse sichtbar werdenden Gefahr, "einzelne Begründungszusammenhänge überzuinterpretieren und aus dem Gesamtzusammenhang herauszulösen",⁷⁸ soll durch eine Einbettung dieser Thematik in eine perspektivisch wesentlich breiter angelegte Analyse begegnet werden. Nur so erscheint es möglich, eine durch die Methode vorgegebene einseitige Oberbetonung oder Verabsolutierung von einzelnen Dimensionen des Gesamtkomplexes' der sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklung, zumindest vom Ansatz her, zu vermeiden.⁷⁹

Die Vermittlungsproblematik zwischen den Polen Ökonomie und Politik stellt sich für eine empirisch orientierte Studie unmittelbar und verlangt nach einer praktikablen Handhabung. Die immer noch lesenswerte Abhandlung von Fritz Klein "Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie" (1953),⁸⁰ die Untersuchungen von Feldman, Böhret, Winkler, Weisbrod oder Wolffsohn⁸¹ verweisen nachdrücklich auf die Heranziehung der wirtschaftlichen Interessenverbände und -organisationen. Die Auffassung, daß sich die Beschäftigung mit den Industrieverbänden in der Weimarer Republik einem "Grenznutzen"⁸² nähere und zudem aus methodischen Gründen abzulehnen sei, da die Interessenhistorie nichts anderes tue, "als das große Individuum durch den Verband zu ersetzen" (Mason),⁸³ ist, wie auch Weisbrod betont hat,⁸⁴ als Vorabdiskreditierung dringend benötigter empirischer Fallstudien zu Politik und Interessenlage einzelner Branchen, Industriezweige sowie deren Organisationsformen zu kritisieren. Unabhängig von der empirischen Praktikabilität, die gegen eine Ausklammerung der Verbände spricht, muß gegen Mason, Petzina u. a. auch theoretisch eingewendet werden, daß der industriellen Verbandsorganisation in der Weimarer Republik durchaus die Funktion zukam, gesellschaftliches Interesse institutionell zu erfassen und zu repräsentieren: Die großen Industrieverbände waren "organisationsfähig", da sie eine relativ homogene Statusgruppe mit jeweils relativ homogener Bedürfnisstruktur zusammenfaßten, und sie waren "konfliktfähig", d. h. sie verfügten über politische Einflußchancen, die sich aus der Fähigkeit der Unternehmerorganisationen bestimmte, "kollektiv die Leistung zu verweigern bzw. eine systemrelevante Leistungsverweigerung glaubhaft zu machen".⁸⁵

Der direkte Zugang der Interessenverbände zu Reichsregierung und Ministerialbürokratie war überdies, wie vielfach übersehen worden ist, durch die gemeinsame Geschäftsordnung der Reichsministerien (GGO RMIN II) garantiert und damit fest institutionalisiert.⁸⁶ § 27 der GGO

bestimmte, daß bei der Vorbereitung von Gesetzen und wichtigen Verordnungen "möglichst die Vertretungen der Fachkreise rechtzeitig heranzuziehen" seien, deren Einschaltung von der in § 29 der GGO bestimmten Geheimhaltungspflicht der Gesetzentwürfe im übrigen ausdrücklich unberührt blieb. Die Kooperation zwischen der bei den häufigen Kabinettswechseln des Weimarer Staates relativ autonomen Ministerialbürokratie und der Führung der Spitzenverbände war zudem durch unmittelbare personelle Verschränkungen ausgesprochen eng: Die Geschäftsführenden Präsidialmitglieder des RDI und DIHT, Geheimrat Ludwig Kastl und Reichsminister a. D. Eduard Hamm, hatten z. B. vor ihrer industriellen Tätigkeit jeweils führende Positionen im Staatsapparat eingenommen: Hamm als Staatssekretär in der Reichskanzlei und dann Reichswirtschaftsminister 1922-25, Kastl als Ministerialrat im Reichsfinanzministerium und Leiter der Reparationsabteilung 1921-25; die offizielle Berufung Kastls in die ständige Mandatskommission des Völkerbundes 1927 und in den Sachverständigenausschuß zur Regelung der Reparationsfrage 1929 galt als durchaus 'normaler' Vorgang: Seine Unterschrift unter den Young-Plan, von Teilen der Wirtschaft heftig befehdet,⁸⁷ belegt die Kohärenz zwischen Staatsverwaltung und industrieller Interessenorganisation in der Weimarer Republik anschaulich und zeigt zugleich, wie auch der Reichsverband in gesamtpolitische Verantwortung eingebunden werden konnte.

Eine empirische Analyse zum Verhältnis von Ökonomie und Politik in der Endphase der Weimarer Republik darf bei der Abklärung der entscheidungsrelevanten Zusammenhänge also die Rolle der großen Industrieverbände nicht übergehen. Die vorliegende Darstellung bemüht sich, von willkürlich herausgegriffenen Einzelpunkten oder -vorgängen abzusehen, und sucht statt dessen, die Interessenpolitik des "Reichsverbandes der Deutschen Industrie"⁸⁸ (RDI) systematischer aufzuschlüsseln. Sie geht dabei auf die interne Struktur, programmatische Konzeption und konkrete Aktion der Spitzenorganisation der Wirtschaft ein. Daneben findet der "Deutsche Industrie- und Handelstag"⁸⁹ (DIHT), vor allem aber der mächtige Regionalverband der Ruhrindustrie, der sog. "Langnam-Verein",⁹⁰ ausführliche Berücksichtigung.⁹¹

Neben der Untersuchung der großen Unternehmerverbände als den institutionalisierten Gremien industrieller Interessenpolitik bedient sich die vorliegende Analyse eines zweiten Ansatzes, um die Verflechtungen zwischen Ökonomie und Politik in der Weimarer Republik präziser zu veranschaulichen und die Spannung zwischen individuellem und kollektivem Handeln⁹² zu verdeutlichen. Im Rahmen einer vergleichenden Darstellung führender Unternehmerpersönlichkeiten wie Duisberg, Krupp oder Reusch ist hier die Konzeption und politische Strategie des rheinischen Braunkohlenindustriellen Paul Silverberg zusammenhängend herausgearbeitet worden. Die intensivere Behandlung Silverbergs leitet sich zunächst ab aus seinen Spitzenpositionen im RDI, dem DIHT und Langnam-Verein

sowie seiner Zugehörigkeit zur "Ruhrlade", dem "Geheimkabinett" der Schwerindustrie in der Weimarer Republik,⁹³ und knüpft damit an den verbandsgeschichtlichen Ansatz an. Eine tiefer ansetzende Begründung wird darauf verweisen können, daß Silverberg, den bereits Mariaux als "schärfste kritische Intelligenz" im Unternehmerlager gesehen hat,⁹⁴ zu den wenigen wirklich politischen Großindustriellen zählte, die über das eng begrenzte Betriebsinteresse der eigenen Unternehmungen weit hinausblickend die makro-ökonomischen Zusammenhänge stets vergegenwärtigten und zugleich die konstituierenden Rahmenbedingungen der industriellen Entwicklung der Zwischenkriegszeit angemessen zu berücksichtigen wußten. Die Quellenlage ist allerdings, trotz der breit gestreuten Materialien im Nachlaß des Unternehmers, nicht ganz unproblematisch, da der überwiegende Teil des persönlichen Schriftwechsels Silverbergs aus den Akten entnommen und vernichtet worden ist.⁹⁵

Einige wenige Hinweise zur Person erscheinen an dieser Stelle notwendig:⁹⁶ Der Vater Adolf Silverberg, der einer jüdischen Kaufmannsfamilie niederländisch-spanischer Herkunft entstammte, hatte in der Hochkonjunktur der Gründerjahre im Kölner Raum eine Wollspinnerei errichtet und dort vor der Jahrhundertwende eine Linoleumfabrik und ein Braunkohlenwerk aufgebaut. In Bedburg, dem Sitz der Unternehmungen der Familie, wurde Paul Silverberg am 6. Mai 1876 geboren. Die Eltern ließen Paul und die anderen Kinder nach der Geburt taufen, hielten aber selbst am jüdischen Glauben fest. (Silverbergs späteres "elementares, fast missionarisches Verlangen nach öffentlicher, amtlicher, direkter Verantwortung"⁹⁷ mag auch vor diesem soziokulturellen Hintergrund zu sehen sein.) Nach dem frühen Tode des Vaters im Jahre 1903 übernahm der inzwischen promovierte Jurist, der zunächst eine Professur für Öffentliches Recht angestrebt hatte, die Leitung der Braunkohlengrube "Fortuna AG", die er mit benachbarten Werken 1908 zur "Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation" (RAG) Köln zusammenschloß. Paul Silverberg entwickelte die RAG zum größten und technisch modernsten Braunkohlenunternehmen der damaligen Zeit, gründete, die Zukunftschancen der Braunkohle im Verbundsystem der Energiewirtschaft früh erkennend, 1910 das "Rheinische Elektrizitätswerk im Braunkohlenrevier AG" (REW) und übernahm 1914 den Vorsitz im AR des neugebildeten "Rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats". Von dieser Basis aus konnte Silverberg Mitte der 20er Jahre maßgeblichen Einfluß im 'Revier' selbst geltend machen (AR-Mitglied bei RWE, Harpen, Gelsenkirchen, VESTAG etc.) und in der Weltwirtschaftskrise seine Machtstellung durch die vergleichsweise stabile Geschäftsentwicklung der Rheinischen Braunkohle weiter ausbauen.

Als Hauptvertreter der These vom staatsfreien Kapitalismus brachte Silverberg die strategisch-taktische Zielprojektion der Großindustrie in den verschiedenen Phasen der Weimarer Republik jeweils in meist unübertrof-

fener Direktheit auf den Begriff und war gleichzeitig an den entscheidenden Wendepunkten der Entwicklung in vorderster Linie aktiv politisch tätig: Schon im Kriege das Konzept der späteren Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918 verfechtend, verhinderte er zusammen mit Hugo Stinnes 1920 in der Sozialisierungskommission die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, formulierte auf dem Höhepunkt der Inflationskrise 1922/23 das radikalste Programm unternehmerischer Reaktion, um dann in der Stabilisierung sein berühmt gewordenes Dresdener Konzept (1926) einer neuen Zusammenarbeit mit Sozialdemokratie und Gewerkschaften bei "Anerkennung der Republik" durch das Unternehmertum vorzulegen. An der Offensive gegen die Große Koalition 1929/30 maßgeblich beteiligt, propagierte Silverberg später erneut den Arbeitsgemeinschaftsgedanken und die "Einspannung" der SPD. Er gehörte zu den wichtigsten industriellen Beratern Brünings und war eigentlicher Initiator der Osthilfe-Aktion, lehnte aber im Herbst 1931 die Übernahme eines Ministeramtes ab, um sich nicht zu stark zu binden.

Für die Frage nach dem Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus vor der Machtergreifung 1932/33 kommt der präzisen Abklärung der Rolle Silverbergs eine gewisse Schlüsselfunktion zu: Seine Politik in den letzten Monaten der Weimarer Republik wird in der Literatur zunehmend kontrovers beurteilt. Einerseits als Mitstreiter Schleichers und dessen wichtigster Bündnispartner in der Ruhrindustrie geltend, wird Silverberg andererseits zu den führenden Protagonisten der Hitler-Lösung gerechnet. Eine genaue Bestimmung der Silverberg-Position gewinnt für die tatsächliche Orientierung der industriellen Fraktionen vor der Machtergreifung maßgebliche Bedeutung, zumal diese in den verschiedenen Faschismusinterpretationen immer noch strittig und empirisch bislang nicht hinreichend aufgearbeitet ist.⁹⁸ Der Versuch Silverbergs, die von ihm propagierte Bündnisstrategie gegenüber der NSDAP aus einer gesellschaftlichen Analyse abzuleiten und theoretisch zu begründen, muß besonderes wissenschaftliches Interesse beanspruchen. Die Frage, ob es möglich sei, die nationalsozialistische Bewegung in ein "Teilorgan der bürgerlichen Herrschaft" zu verwandeln, wurde in den Silverberg nahestehenden "Deutschen Führerbriefen" ab Sommer 1932 ausführlich diskutiert und in eine konkrete politische Strategie eingebracht.⁹⁹ Die von den Führerbriefen' entwickelte, in der Papen/Schleicher-Ära vielbeachtete und neuerdings wieder erörterte politische Linie zeichnet sich dadurch aus, daß sie die nach wie vor im Mittelpunkt der Faschismus-Kontroverse stehende Bündnisproblematik aus zeitgenössischer, industrieller Perspektive thematisiert und im Umfeld der sich verändernden Rahmenbedingungen über Monate kontinuierlich verfolgt. Auch hier liegt, trotz zunehmenden, bisweilen zusammenhanglosen Wiederabdrucks von Einzelbeiträgen der Korrespondenz,¹⁰⁰ eine hinreichend systematische Untersuchung noch nicht vor.¹⁰¹

Vor allem die Konzeption Silverbergs und der Führerbrieft gegenüber

dem Strasser-Flügel der NSDAP ist deshalb bisher nicht richtig gesehen worden.¹⁰² Eine Nachzeichnung der politischen Strategie der 'Führerbriefe' auf der Basis einer Gesamtauswertung dieses Organs von 1932 bis Frühjahr 1933 erschien hier unerlässlich, auch hinsichtlich einer Überprüfung ihres spezifischen Stellenwertes für die politische Orientierung der Großindustrie.

Eine Analyse großindustrieller Interessenpolitik in der Krise der Weimarer Republik verlangt neben der Sichtung von Firmen- und Verbandsarchiven sowie von Privatnachlässen führender Unternehmer und anderer entscheidungsrelevanter Persönlichkeiten die Heranziehung ausgewählter staatlicher Akten. Gemäß der sich in der Ära der Präsidialkabinette zunehmend verselbständigenden Exekutive und einer damit verbundenen Verlagerung der Handlungskompetenzen innerhalb des Weimarer Systems kommt vor allem der Auswertung der Bestände der Reichskanzlei 1930-1933 (BA Koblenz) vorrangige Bedeutung zu. Dies erscheint auch notwendig, um die einzelnen Problemfelder angemessen gewichten und um Konsens oder Divergenz in den Elementen industrieller und staatlicher Krisenstrategie herausarbeiten zu können.¹⁰³ Der spezifische Stellenwert der immer noch kontrovers diskutierten Deflationspolitik Brünings und seines Reparationsplans,¹⁰⁴ des Steuergutscheinprogramms Papens oder auch von Schleichers Arbeitsbeschaffungskonzeption ist anders nur unvollkommen zu bestimmen und in den Kontext der politisch-wirtschaftlichen Gesamtentwicklung bis 1933 einzuordnen.

Die strukturellen Untersuchungsfelder der vorliegenden Arbeit leiten sich ab aus der Verknüpfung von Staatsbegriff, Demokratievorstellung, ideologischer Konzeption und politischer Aktion der Großindustrie mit den Hauptthemen der Systemdebatte der 20er Jahre: nämlich Staatsinterventionismus und ökonomischer Strukturwandel; Sozialpolitik, Gewerkschaften, Zentralarbeitsgemeinschaft; Steuer- und Finanzpolitik, Reparationen, Konjunkturpolitik und nicht zuletzt Außenhandels- und Agrarpolitik. In der thematischen Präzisierung der skizzierten Arbeitsschwerpunkte soll insbesondere die Stellung der Großindustrie zwischen parlamentarischem System, autoritärem Staat und Faschismus in einer empirisch-chronologischen Verfahrensweise herausgearbeitet werden. Im Verhältnis zum Nationalsozialismus sind ausgehend von der Interessenlage Annäherungen, Übereinstimmungen und Divergenzen auf programmatischer und politischer Ebene im einzelnen näher zu bestimmen, um schließlich den Anteil der Großindustrie an der Zerstörung der Weimarer Republik richtig gewichten zu können. Dazu ist vor allem notwendig, auf einer erweiterten Materialgrundlage neu abzuklären, welches Bündniskonzept die Großbourgeoisie dem Nationalsozialismus gegenüber tatsächlich verfolgte und unter welchen spezifischen, möglicherweise widersprüchlichen Bedingungen sich die Machtergreifung Hitlers schließlich vollziehen konnte.

I. 1918-1925: Revolution und Interventionsstaat. Das Silverberg-Programm von 1923

Mit der Revolution von 1918 und dem Zusammenbruch des Wilhelminischen Reiches gestaltete sich das Verhältnis von Großindustrie und Staat scheinbar grundlegend um. Die Wirtschaft, die in der alten Gesellschaft zwar nicht politisch führend war, von ihr aber in ihren Belangen respektiert und protegiert wurde, sah sich plötzlich in einer ungewohnten Defensivstellung. Der neue Staat nahm nunmehr für sich in Anspruch, lenkend in den Wirtschaftsprozess einzugreifen und Orientierungspunkte für Planung, Produktion und Verteilung zu setzen. Gleichzeitig mit der Republik war so aus Sicht der Industrie der "Interventionsstaat"¹ geschaffen, demgegenüber die überkommene liberal-kapitalistische Ordnung verteidigt werden mußte. Der Kampf um die Sozial- und Wirtschaftsordnung in Weimar empfing von hier sein zentrales Moment: die Trennung von Staat und Wirtschaft, unantastbares Credo großindustrieller Ordnungspolitik, wurde zum Dogma erhoben und zum Hauptpunkt der Unternehmerideologie der 20er Jahre stilisiert.

Tatsächlich war der "Interventionsstaat" nicht, wie die Industrie behauptete, die Erfindung der Republik und der sie anfangs regierenden Sozialdemokratie, sondern eine Folge langfristiger Änderungen im ökonomischen System selbst und eines damit verbundenen Funktionswandels des Staates.² Diese Entwicklung war durch die zentrale Planung der Kriegswirtschaft entscheidend forciert worden; eine qualitative Vorbestimmung der nachfolgenden Friedenswirtschaft leitete sich daraus jedoch nicht unbedingt ab. Dem Abbau dieses im Krieg weiter ausgebildeten "Interventionsstaates" und seines Instrumentariums galt das vordringliche Interesse der Unternehmer nach dem Zusammenbruch. Unter der Parole "Kampf gegen die Sozialisierung" vollzog sich die Befreiung von einer Zwangswirtschaft, für die das Kaiserreich in erster Linie verantwortlich zu zeichnen hatte. Es ergab sich dabei die paradoxe, aber politisch kennzeichnende Situation, daß die Unternehmer der Republik die Folgen der Kriegswirtschaft anlasteten – genauso wie ihr von der politischen Rechten die Verantwortlichkeit für den militärischen Zusammenbruch und seine Konsequenzen zugeschoben worden war.³

Bündnispartner der industriellen Revisionspolitik waren die Gewerkschaften, für die das Stinnes-Legien-Abkommen vom 15. November 1918

bzw. die satzungsmäßige Fixierung der "Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands" (ZAG) am 4. Dezember 1918 nicht zuletzt eine Rückversicherung gegenüber den Ansprüchen der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte darstellte. Den Unternehmern erschien der 1918 zu zahlende Preis, nämlich Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der organisierten Arbeiterschaft sowie sozialpolitische Zugeständnisse, insbesondere der langumkämpfte Achtstundentag, noch gering.⁴ Ihre plötzliche Bereitschaft zur gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf paritätischer Grundlage macht deutlich, daß sich die Arbeiterschaft im Herbst 1918, vom sozial-konservativen, autoritären System des Kaiserreichs bisher stets in die Defensive verwiesen, in einer strategisch günstigen Position befand.⁵

Das der Sozialisierungskommission des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates (RWR) zwei Jahre später vorgelegte Gutachten zur Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien zeigte indes in aller Deutlichkeit, nach welcher Seite sich die Gewichte inzwischen verschoben hatten. Eine grundlegende Neuordnung des wirtschaftlichen und sozialen Systems in Deutschland, wie sie z. B. von Moellendorf und Rathenau in ihren Gemeinwirtschaftskonzeptionen vorgesehen hatten, war nicht erfolgt. Die Durchführung der Demobilmachung hatte im Gegenteil durch einen ansatzweisen Abbau des staatlichen Interventionismus die Rückorientierung auf die überkommene Wirtschaftsordnung eingeleitet.⁶ Offen geblieben war schließlich nur die Frage der Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die nach dem Scheitern der 1. Sozialisierungskommission Anfang 1919⁷ im Herbst 1920, nicht zuletzt in Rückwirkung des gescheiterten Kapp-Putsches, erneut in den Mittelpunkt der Diskussion rückte.⁸ Das in einer Klausurtagung in Essen (November 1920) vom sogenannten "Siebener-Ausschuß" des Reichswirtschaftsrates erarbeitete Gutachten zur Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien⁹ zog einen Schlußstrich auch unter diese Phase der Auseinandersetzung. Das Thema Sozialisierung war damit für die Republik von Weimar tot, erst während des Höhepunktes der Großen Krise im Jahre 1931/32 tauchte es erneut auf, ohne allerdings wirkliche politische Bedeutung zurückzugewinnen.¹⁰

Entwurf und Formulierung des Gutachtens entstammten im wesentlichen der Feder Paul Silverbergs.¹¹ Als Vertreter des größten deutschen Braunkohlenunternehmens, der "Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation" (RAG), direkt betroffen, gelang es ihm in den Beratungen der Sozialisierungskommission zusammen mit Hugo Stinnes,¹² die "Freiheit der Schlüsselindustrien" erfolgreich zu verteidigen. Der Ausschuß hatte, ohne auf besonderen Widerspruch bei den Arbeitnehmervertretern zu stoßen,¹³ den brisanten Begriff "Sozialisierung" durch eine elegante Sprachregelung entschärfen und sogar in ein Instrument zur Durchsetzung großindustrieller Interessenpolitik umwan-

deln können: Unter 'Sozialisierung' verstand die Essener Kommission nunmehr die "Sicherstellung, daß alle Produktionsmittel im höchsten gesamtwirtschaftlichen Interesse der Volksgesamtheit so vollständig und so rationell wie möglich ausgenutzt werden unter gleichberechtigter vollwertiger Mitbeteiligung und dementsprechend Mitbestimmung und Mitverantwortung aller an der Produktion Beteiligten."¹⁴

Der Begriff Sozialisierung hatte damit eine Interpretation erfahren, die eine problemlose Einordnung in das überkommene privatkapitalistische System ermöglichte. Hinter der geforderten Konzentration der Produktionsmittel, Kernpunkt der Rationalisierungsdebatte der 20er Jahre, stand die Absicht, Großkonzerne Stinnes'schen Ausmaßes als offizielle Leitbilder deutscher Wirtschaftspolitik zu fixieren. Stinnes selbst wies in aller Offenheit auf diesen Zusammenhang hin, indem er der Kommission die eigenen Unternehmungen als vorbildhaft für eine zukünftige Wirtschaftsordnung anempfahl.¹⁵ Konkret gemeint war damit die Errichtung von überdimensionierten Gesellschaften der Kohle-, Gas-, Wasser- und Verkehrswirtschaft unter privatwirtschaftlichen Vorzeichen.¹⁶ Die verbleibende Mitbestimmung wurde unterlaufen durch die Bindung an die übliche Basis der Kapitalbeteiligung. Von unternehmensrechtlichen Eingriffen absehend, wollte die Kommission durch die Ausgabe von Kleinaktien an Arbeiter "die Grundlage zur wirksamen Vertretung im Aufsichtsrat" und die "Mitwirkung aller an der Produktion Beteiligten" gewährleistet sehen.¹⁷ Silverberg empfand aus der persönlichen Bewertung den Erfolg vom Herbst 1920 als einen "Höhepunkt" seines Lebens,¹⁸ freilich sah er, daß die Gemeinwirtschaftspläne schon deshalb zum Scheitern verurteilt waren, weil die "Verteidiger der sogenannten Sozialisierung sich untereinander am allerwenigsten darüber klar waren, was sie eigentlich wollten und auch heute zum größten Teil nicht imstande sind, die Frage zu beantworten, was Sozialisierung ist."¹⁹

Mit Ausgang der Sozialisierungsdebatte Ende 1920 war jedenfalls der Anspruch durchgesetzt, daß nur ein von Staatsintervention freies, auf privatkapitalistischer Grundlage organisiertes Wirtschaftssystem Wachstum und Prosperität gewährleiste, und daß deshalb diesem System, solchermaßen legitimiert, Alternativen grundsätzlicher Art nicht mehr gegenüberzustellen seien.

Die nach Abschluß der Übergangsphase von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft wiedererlangte relative Autonomie gab die Basis ab, von der aus die Großindustrie den Versuch zur Wiederaufrichtung ihrer alten Machtposition in Staat und Gesellschaft unternehmen konnte. Zum entscheidenden Hebel wurde dabei die sich 1922/23 überstürzende Inflation.²⁰ Der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) leitete im Herbst 1922 eine programmatisch-ideologische Offensive ein²¹ die unverhüllt auf die Restauration der überkommenen Unternehmerherrschaft gerichtet war. Initiiert wurde dieser Vorstoß vor allem von Silverberg, für den im August

1922 "der richtige Moment gekommen" war, um "die allgemeine Stimmung, die gegenüber der sozialistischen Wirtschaftsführung doch bedenklich geworden ist, auszunutzen".²² In dem vom RDI im Sommer des Jahres bestellten "Sonderausschuß für ein Wirtschaftsprogramm"²³ machte Silverberg in Obereinstimmung mit der Programmkommission deutlich, daß es vor allem darauf ankommen müsse, "klare Richtlinien ohne Kompromiß-Charakter" aufzustellen, an denen sich der Reichsverband in Zukunft orientieren könne.²⁴ Dazu gehöre zunächst die Klarlegung des Kardinalfehlers der nachrevolutionären Wirtschaftspolitik, daß nämlich "eine geringer werdende Arbeitsleistung dem einzelnen Menschen mit immer mehr Geld bezahlt" werde.²⁵ Als zentrales Argumentationsmoment diene dabei die These, daß eine "übersteigerte" Lohn- und Sozialpolitik am volkswirtschaftlichen Kapital "zehre" und so jede "Gesundung" der Wirtschaft von vorneherein unmöglich sei.²⁶

Daß der hier geforderte grundlegende wirtschafts- und sozialpolitische Kurswechsel nur in einem von den gesamtgesellschaftlichen Kräften mitbestimmten politischen Umfeld vollziehbar war, wußte Silverberg wohl: Bei aller Kompromißlosigkeit im prinzipiellen müsse deshalb, wenn "zur Öffentlichkeit" geredet werde, dies getan werden "unter Berücksichtigung der Strömungen, die im deutschen Volke vorhanden sind; dazu gehört vor allen Dingen die Fühlungnahme mit den Arbeiterführern".²⁷ In diesem Sinne erteilte Silverberg anläßlich der a. o. Mitgliederversammlung der VDA am 12. Oktober 1922 jeder Katastrophenpolitik, sowohl nach innen als auch nach außen, eine entschiedene Absage.²⁸ Erfolgreiche Revisionspolitik setze vielmehr, so Silverbergs Argumentation, ein Arrangement mit dem bestehenden System voraus. Seine Aufforderung zur Stärkung des "gegenwärtigen" Staates durch das Unternehmertum erfolgte allerdings unter der Bedingung, daß der Privatwirtschaft die "Bewegungsfreiheit" zur Austragung sozialer Kämpfe zurückgegeben werde.²⁹ Ein grundsätzliches Bekenntnis zur Republik war dies sicher nicht, immerhin verblieb aber eine gewisse, auch positiv deutbare Ambivalenz, wenn Silverberg mahnte: ". . . wir können im Grunde unseres Herzens Republikaner oder Monarchisten sein: Wir haben augenblicklich in unserem Vaterlande nur eine Staatseinrichtung, und das ist die auf der Weimarer Verfassung beruhende Republik. Und da wir nichts anderes haben, müssen wir die Autorität dieses Staates stützen."³⁰

Dem "starken Staat" kam die Aufgabe zu, den Rahmen für formal geordnete Wirtschaftskämpfe zu garantieren. Ein bloß neutraler Einsatz seines Machtapparates war gleichwohl nicht intendiert: Silverberg merkte dazu an, daß der soziale Konflikt für die Unternehmer nur im Zusammengehen "mit dem Staate", nicht aber "gegen" ihn positiv zu lösen sei.³¹ Andererseits sah Silverberg in der staatlichen Repression nicht das Allheilmittel zur Austragung gesellschaftlicher Konflikte. In Konsequenz der strikten Ablehnung jeglichen staatlichen Interventionismus mußten Kapital

und Arbeit seiner Auffassung nach auf Dauer allein zu tragbaren Lösungen kommen. Das verlangte aber auch von den Unternehmern die Bereitschaft zum Kompromiß, darüber hinaus die Bereitschaft, mit den Gewerkschaften als den Vertretern der Arbeiterschaft zusammenzuarbeiten. Wie Silverberg richtig sah, stellten die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie als deren politische Vertretung notwendige Bündnispartner der Unternehmer dar, wenn das Konzept der Autonomie der Wirtschaft gegenüber dem Staat verwirklicht werden sollte. Gewerkschaften und Sozialdemokratie konnten dann zwar eine Artikulation der Interessen der Arbeiterklasse vollziehen, gleichzeitig aber stellten sie das Instrument dar, mit welchem die Massen zu lenken und zu disziplinieren waren.³²

Hier das alte System des Obrigkeitsstaates Bismarckscher Prägung hinter sich lassend, rief Silverberg das Unternehmertum "zu völliger Umkehr" gegenüber Staat und auch Sozialdemokratie auf. Die Zeit der Sozialistengesetze schien historisch überholt.

"Ich bin immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß ein großer Teil der Schuld das Unternehmertum trifft ... eine solche gewaltige geistige Bewegung wie die Sozialdemokratie ist ein Faktor, mit dem man rechnen muß; den kann man nicht einfach damit ausradieren, daß man den Marxismus in einer Hauptversammlung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände tötet."³³

Eigentliche Zielrichtung dieser Auslassung – über den engeren sozialpolitischen Kontext hinaus – war der Versuch, die organisierte Arbeiterschaft als Bündnispartner zu erhalten. Silverberg, von falschem Standesdünkel frei, hatte bereits im Kriege beim Reichskommissar für Kohlenverteilung im Juli 1917 erklärt, daß man "mit Verhandlungen am weitesten" komme, "wo die Arbeiter organisiert seien." "Die Industrie müsse hier umlernen und sehen, daß es am besten sei, wenn die Arbeiter straff organisiert seien und damit unter gewerkschaftlicher Disziplin stünden."³⁴ Er hatte richtig erkannt, daß die breite Masse der Arbeiterschaft, aber auch ihre politische Führung nicht eigentlich revolutionär waren, sondern sich vielmehr einem "überholten" Programm (Erfurt 1891) ideologisch verpflichtet fühlten und nicht zuletzt durch das Fehlverhalten weiter Kreise der Industrie, die auch nach der Revolution 1918 vom "Herr im Hause"- Standpunkt nicht abgerückt seien, in eine unternehmerfeindliche Frontstellung gedrängt würden. In der zwiespältigen, zumindest distanzierten Haltung der Gewerkschaften dem privatkapitalistischen Wirtschaftssystem gegenüber sah Silverberg in erster Linie ein Bildungsproblem. Hier müsse sich das Unternehmertum den Vorwurf gefallen lassen, daß es sich zu wenig um eine Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeiterschaft bemüht und den dort vorhandenen "neuen Elementen" zu wenig geholfen habe, "sich die Ausbildung zu verschaffen, die ihnen heute noch fehlt".³⁵ Silverberg sah sich in dieser Auffassung bestätigt, als er zehn Jahre später feststellen konnte, "daß in bemerkenswerter Weise eine ernstere Auffassung der

großen Zusammenhänge auch in diese Kreise gedrungen ist, auf deren nationale Hilfe und Mitwirkung und auf deren Hilfe in der Arbeit wir unbedingt angewiesen sind.³⁶ Im Oktober 1922 votierte Silverberg mit dem Appell, die Arbeitnehmerorganisationen zur Mitarbeit heranzuziehen, letztlich gegen die Aufkündigung der Zentralarbeitsgemeinschaft, die für weite Kreise der Industrie ihre Funktion offenbar schon verloren hatte. In Verfolg des Konzeptes der Autonomie der Wirtschaft gegenüber dem Staate zielte Silverberg allerdings auf einen Rollenwandel der Arbeitsgemeinschaft. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften war jetzt nicht mehr das Mittel zur Verhinderung der Sozialisierung, sondern das geeignete Instrument zur "Organisierung" des Kapitalismus in Eigenregie.³⁷ Diese Umbestimmung der ZAG, bei der das alte Konzept "Sozialpolitik gegen Verzicht auf Sozialisierung" gegen die Formel "Anerkennung und untergeordnete Mitarbeit der Gewerkschaft gegen Freiheit im Wirtschaftskampf" eingetauscht worden war,³⁸ deutete Silverberg vor der VDA am 12. Oktober 1922, wohl aus taktischer Zurückhaltung gegenüber der Öffentlichkeit, allerdings nur vorsichtig an.³⁹

Die grundsätzliche Position der Industrie im Spannungsfeld Sozialpolitik-Gewerkschaften-Staat dokumentiert mit unübertroffener Deutlichkeit das von Silverberg Ende Dezember 1922 verfaßte und am 1. Januar 1923 einem engeren Kreise, darunter auch dem amtierenden Reichswirtschaftsminister Becker, zugänglich gemachte Programm zum "Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft"⁴⁰ in dem frei von taktischer Rücksichtnahme gegenüber den Arbeitnehmerorganisationen die prinzipielle Zielrichtung unternehmerischer Revisionspolitik aufgezeigt wurde.⁴¹ Das Silverberg-Programm war, wie von Unternehmerseite selbst konstatiert, nichts anderes als ein "kraftvolles und machtvolleres Diktat"⁴² das eine "völlige Durchbrechung des in den letzten Jahren gehandhabten und nach der Revolution entstandenen Verhältnisses von Arbeitgeber und Arbeitnehmer" bzw. "einen völligen Umsturz aller nach der Revolution geschaffenen Arbeitsverhältnisse" beinhaltete.⁴³ Auch in der Reichskanzlei wurde vermerkt, daß Silverberg an innenwirtschaftlichen Maßnahmen "ungleich mehr" verlange, "als ein Kabinett jemals befürworten könnte und ein Parlament jemals annehmen würde. Die Überspannung seiner Forderungen" sei "an einzelnen Stellen geradezu grotesk."⁴⁴

Ohne wirklich neue Gedankengänge zum Verhältnis von Industrie und Staat zu entwickeln, hatte Silverberg eine Zusammenstellung altbekannter Formeln vorgenommen, die an Schärfe kaum zu überbieten waren und insgesamt den Klassenkampf von oben bedeuteten. Der sehr eng gehaltene Verteilerkreis sicherte dem Papier die Diskretion zu, die es benötigte.⁴⁵ Die wichtigsten Forderungen lauteten:

- A. 4. "Grundsätzlicher Verzicht auf Eingreifen aller öffentlichen Gewalt und Verwaltung in Güter-Erzeugung und Verteilung"
- B. 1. "Aufhebung aller Demobilmachungsverordnungen und der aus ihnen entstandenen Behörden und Einrichtungen (Ausnahme: Fürsorge für Kriegsbeschädigte)"
- B. 2. "Restlose und endgültige Aufhebung aller Überbleibsel der Kriegswirtschaft. . ."
- B. 6. "Verbot jeder Behinderung des Rechts auf Arbeit und der Arbeitsleistung auf Arbeitnehmerseite. Hierzu: Stärkung der Betriebsvertretungen, Ausschaltung der Gewerkschaften aus den Vertretungen und Sitzungen der Einzelbetriebe. Verbot sogenannter centraler Lohn und Preisregelung . . ."
- B. 7. "Grundsätzliche freie Vereinbarung über Lohn- und Arbeitszeit zwischen Unternehmer und Angestellten und Arbeitern. Auch wenn Tarifverträge bestehen, müssen Sondervereinbarungen zwischen Einzelunternehmer und Betriebsvertretung nach den Notwendigkeiten des Gewerbes oder Unternehmens zulässig sein. Vorübergehende Verlängerung der vereinbarten Normalarbeitszeit kann, wenn eine Einigung nicht zustande kommt, durch richterliche Entscheidung festgesetzt werden . . ."
- B. 8. "Verbot des Coalitionszwanges"
- B. 9. "Aufhebung aller Sondergerichte und Schlichtungsausschüsse.
- C. V. 1. "Entstaatlichung und Ent-Communalisierung aller öffentlichen Betriebe"
- C. V. 3. " Aufhebung aller lebenslänglichen Anstellungen von Beamten öffentlicher Betriebe und Vereinbarung privatwirtschaftlicher Dienstverträge"
- C. V. 7. "Streik-Verbot"
- C. VI. 2. "Vereinigung von Wirtschafts- und Arbeitsministerium. Sozialpolitik kann nicht Selbstzweck sein."
- C. VII. "Freigabe der Honorar-Vereinbarungen für freie Berufe, Ärzte, Rechtsanwälte. Festsetzung von Mindesthonoraren"
- C. VI. 4. " Für Klein-Rentner und alte Leute: Aufnahme in die Sozialversicherung unter Annahme einer Versicherungsdauer vom 18. Lebensjahr ab. Voraussetzungen: Nachweis, daß Vermögen aufgezehrt ist (Hausrat ausgenommen) und daß kein zahlungsfähiger gesetzlich Unterhaltspflichtiger vorhanden ist . . . "⁴⁶

Die Rigorosität dieses Katalogs, gerade im Vergleich zu den gemäßigten Tönen auf der Mitgliederversammlung der VDA am 12. Oktober 1922, findet zunächst ihre Erklärung im internen Charakter des Papiers. Hinzu kommt, wie schon von Feldman bemerkt, der "Einfluß der Ideen" von Stinnes⁴⁷ demgegenüber sich der sonst so "kritische, skeptische, scharfsichtige" Silverberg in ein "knappenschaftliches Verhältnis" begeben hatte⁴⁸ Von Felix Pinner deshalb als der "kleine Stinnes" apostrophiert,⁴⁹ gelang es Silverberg erst nach dem Tode von Stinnes im April 1924, aus seinem Schatten herauszutreten, er empfand sich aber weiterhin als dessen

wirtschafts- und sozialpolitischer Nachlaßverwalter.⁵⁰ Wichtiger für die Ausformung des Silverberg-Programms war indes der tiefgreifende Wandel der politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen. Die übersteigerte Inflation und der damit verbundene wirtschaftliche Einbruch hatten im November 1922 der "Katholischen Demokratie" unter Reichskanzler Wirth ein Ende gesetzt. Mit der Bildung einer "Regierung des Großkapitals", geführt von dem Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Wilhelm Cuno, war eine wesentlich veränderte Ausgangssituation für die Interessenpolitik der Industrie geschaffen.⁵¹ Jetzt ging Silverberg zum offenen Angriff auf einen Zentralpunkt des Kompromisses von 1918, den Achtsturentag, über.⁵² Nicht ohne dem Kabinett Cuno öffentlich die "Unabhängigkeit" von der Wirtschaft bescheinigt zu haben – freilich unter gleichzeitiger Hervorhebung der Verpflichtung der Regierung, sich zum "Besten des Reiches zu bestimmten großen Zielen" der Mitarbeit der Unternehmerschaft bzw. ihrer Organisationen zu versichern und zu "bedienen" -⁵³, verlangte er anlässlich einer Besprechung bei Reichsfinanzminister Hermes am 16. Dezember 1922 den "Abbau der sozialistischen Wirtschaft der letzten vier Jahre" sowie die "Lösung unserer inneren Probleme, besonders bezüglich der Arbeitszeit."⁵⁴ Silverbergs Entwurf "Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft" vom 26. Dezember 1922 faßte diese Forderungen noch einmal zusammen und präzierte sie in kompromißloser Schärfe.

Die schriftlichen Rückäußerungen zum Silverberg-Programm bewegten sich zwischen geschäftsmäßiger Unverbindlichkeit, vorsichtiger Distanzierung und scheinbar deutlicher Ablehnung.⁵⁵ Das Geschäftsführende Präsidialmitglied des RDI, Geheimrat Bücher, sicherte Silverberg wohl die Behandlung auf der nächsten Sitzung der Programmkommission des Reichsverbandes zu, vermied aber jede inhaltliche Stellungnahme.⁵⁶ Der Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG und nachmalige Vorstandsvorsitzende der Vereinigten Stahlwerke, Albert Vögler, beschränkte sich auf die Feststellung, daß man sich darüber klar werden müsse, "ob man überhaupt mit der Sozialpolitik auf dem richtigen Wege war, und ob nicht eine grundsätzliche andere Einstellung von Nöten ist."⁵⁷ Die detaillierten Exposés Reuschs (GHH) und Duisbergs (IG-Farben) waren dagegen deutlich ablehnend. Reusch brachte die Kritik auf den entscheidenden Punkt, indem er Silverberg vorhielt, mit seinen Vorschlägen an der Realität, wie sie durch die Revolution von 1918 und Versailles 1920 geschaffen worden war, vorbeizugehen.

"Ihr Programm sieht von den außenpolitischen' Einwirkungen auf das innere Wirtschaftsleben ab und gelangt infolgedessen zu Forderungen, denen eine praktische Bedeutung nicht zukommt, solange das Deutsche Reich unter dem Druck des Versailler Friedensvertrages steht. Auch scheint mir, daß Sie gewisse durch die innerpolitischen Veränderungen der Nachkriegszeit geschaffene Verhältnisse in

manchen Dingen als nicht vorhanden ansehen, infolgedessen in absehbarer Zeit mit der Verwirklichung Ihrer Forderungen nicht gerechnet werden kann."⁵⁸

In gleicher Richtung argumentierend, wies Duisberg darauf hin, daß die "Aufhebung des Versailler Vertrages" gewissermaßen die "Prämisse" des Programms darstelle.⁵⁹ Nach innen habe der Entwurf, wie die wirtschaftspolitische Abteilung der IG-Farben bemerkte, den Fehler einer "so schroffe[n] Hervorkehrung des Arbeitgeberstandpunkts, daß der Effekt einer Gesundung der deutschen Wirtschaft durch die entstehenden Politischen und Klassengegensätze unmöglich gemacht würde."⁶⁰ Carl Duisberg erhob den Vorwurf,

"Sie kehren in Ihren Forderungen m. E. zum *Manchestertum* zurück, ohne das gute zu behalten und in Ihr Programm aufzunehmen, was die letzten Jahrzehnte uns gebracht haben. Auch wenn Ihr Programm vom wirtschaftlichen Standpunkt aus richtig ist und von mir in den meisten Punkten geteilt wird, so dürfte doch manche Ihrer Forderungen, politisch und taktisch gewertet, unangebracht sein."⁶¹

Duisberg machte somit, nach außen wohl die taktische Seite in den Vordergrund schiebend, grundsätzlichere Einwände geltend. Während Paul Reusch dem Programminhalt selbst zustimmte – "Hier wird das Übel unserer inneren Wirtschaftslage an der Wurzel angefaßt" –, aber den Zeitpunkt und die Umstände des Vorstoßes kritisierte, galten Duisberg die von Silverberg in weitgehender Konsequenz der Trennung von Staat und Wirtschaft erstellten Richtlinien als Rückfall ins "Manchestertum". Richtig war dieser Vorwurf insofern, als Silverberg tatsächlich die Funktion des Staates auf vorbismarcksche Ausmaße reduziert wissen wollte; unzutreffend aber deshalb, weil als Alternative nicht das Prinzip des "Laissez faire" gesetzt wurde, sondern die Organisation des Kapitalismus durch die Wirtschaft selbst. Daß der so organisierte Kapitalismus' auf sozialpolitischem Gebiet manchesterliche Züge trug und tragen mußte, stand dazu nicht im Widerspruch, sondern zeigte vielmehr die Ideologieträchtigkeit der Forderung nach "Freiheit der Wirtschaft" auf.

In jedem Falle war das Programm vom 26. Dezember 1922 nicht als Forderung des Tages gedacht; vielmehr sollte es den Orientierungsrahmen zukünftiger industrieller Politik abgeben. Wie von O. Funcke, einem Mitglied der Programmkommission des RDI, zutreffend bemerkt wurde, ist im Reichsverband "in den Jahren 1921-22 beharrlich daran gearbeitet worden, neben der Stellungnahme zu den akuten Tagesfragen eine allgemeine Kenntnis der wirtschaftspolitischen Probleme zu gewinnen, nicht als Wissenschaft, sondern als Sammlung solcher Gesichtspunkte, an denen die politische Orientierung erfolgen konnte. Es ist eine ganze Ideologie geschaffen worden, die in wirtschaftlichen Kreisen lange Jahre gegolten hat."⁶²

Mit dem Programm vom Dezember 1922, dessen sozialpolitische Ausrichtung Silverberg in der Rede vor der VDA am 12. Oktober 1922 im

wesentlichen antizipiert hatte, war in einem allerdings ausschlaggebenden Punkt die Basis der bisherigen Konzeption verlassen. Der Zentralangriff auf die Gewerkschaften, die Wiederbelebungsversuche der "Gelben" und die Infragestellung des Kompromisses von 1918 entzog der Kooperation mit den Arbeitnehmerorganisationen die Grundlage.⁶³ Silverberg hatte damit eine unübersehbare Annäherung an die überkommenen Vorstellungen vom "starken Staat" auf der Seite der Unternehmerschaft vollzogen. Als Exponent dieser im Unternehmerlager weithin verbreiteten Konzeption hatte Paul Reusch bereits im August 1922 Silverberg gegenüber argumentiert: "Nicht durch gemeinsames Zusammenwirken von Arbeitgeber und Arbeitnehmern kann die Arbeitsunlust bekämpft werden, sondern nur durch eine starke Regierung, die den Mut hat, energisch und rücksichtslos durchzugreifen."⁶⁴

Silverberg blieb schwankend und vermied, trotz des Dezember-Programms, die völlige Konversion. Freilich zeigten sich deutlich die Spannungen und Widersprüchlichkeiten, die aus der Lehre der völligen Trennung von Staat und Wirtschaft in Verbindung mit einer rigorosen Sozialpolitik für Theorie und Praxis resultieren mussten.⁶⁵

Der im Januar 1923 einsetzende Ruhrkampf stoppte die Arbeiten der Programmkommission des Reichsverbandes, die nur noch einmal am 25. April 1923 zu einem "Gedankenaustausch über die allgemeine Lage" zusammengerufen werden konnte. Der Entwurf Silverbergs wanderte so, ohne überhaupt in der Kommission diskutiert worden zu sein, in die Schubladen und war damit praktisch erledigt.⁶⁶ Nach der persönlichen Seite hin war die Arbeit jedoch nicht ohne Nutzen geblieben, "präsiadiabel" geworden, rückte Silverberg bereits am 9. März 1923 in das Führungsgremium des RDI auf, nachdem er knapp ein Jahr zuvor in den Vorstand gewählt worden war⁶⁷

Es dauerte immerhin beinahe drei Jahre, bis der Reichsverband, nunmehr schon unter der Führung Carl Duisbergs, die Arbeit des Sonderausschusses wieder aufnehmen konnte und schließlich im Dezember 1925 mit einem umfassenden Programm an die Öffentlichkeit trat.⁶⁸ Gleichzeitig trug eine Abordnung des Verbandes dem neugewählten Reichspräsidenten von Hindenburg die verfassungspolitischen Zielvorstellungen vor,⁶⁹ die die Kurswende zu einer "autoritären" Politik einleiten sollten. Wie Geheimrat Kastl, das neue Geschäftsführende Präsidialmitglied des RDI, Silverberg am 30. Dezember 1925 über einen Empfang beim Reichspräsidenten mitteilen konnte, schien dieser

"besonders angenehm berührt von unserem Wunsche eines Vetorechts für den Reichsfinanzminister auf dem gesamten Gebiete der öffentlichen Ausgaben ... Der Reichspräsident meinte ... zustimmend zu den Ausführungen des Herrn Reusch, daß die Not der Zeit eine stärkere Anwendung des Artikel 48 auf der Grundlage eines Ermächtigungsgesetzes notwendig mache. Wenn die Regierung keine Dummheiten macht, soll mir ein Ermächtigungsgesetz und der Artikel 48 sehr

recht sein. Dann muß sie aber mehr als bisher auf das hören, was die Wirtschaft verlangt."⁷⁰

Die einsetzende Konjunktur entzog diesen Plänen den Boden, der grundlegende Schnitt am staatlichen Organismus, wie von Reusch und anderen Industriellen gefordert, war in dieser Krise nicht erfolgt. Die beginnende Prosperität verlangte Stabilität auf der Basis des Arrangements und des sozialen Kompromisses und leitete über in eine neue Phase des Verhältnisses von Großindustrie, Gewerkschaften und Staat.